

Die Kriterien der Wahlentscheidung in Rational-Choice-Modellen

1. Fragestellung

Der Rational-Choice-Ansatz gehört in den allgemeineren Rahmen des individualistischen Programms in den Sozialwissenschaften, folgt also der Überzeugung, daß es erkenntnistheoretisch angemessen ist, soziale Erscheinungen auf der Grundlage individuellen Verhaltens zu rekonstruieren, und geht überdies von der Annahme aus, daß es theoretisch fruchtbar ist, individuelles Verhalten als zielorientiert anzusehen. Die spezifische Eigenschaft des Ansatzes ist aber nicht, daß rationales Handeln überhaupt eine tragende Rolle spielt, sondern in welcher Weise es theoretisch verwendet wird: Zunächst einmal ist individuelle Rationalität für den Rational-Choice-Ansatz nicht der Gegenstand der Analyse, sondern ihr Instrument. Das bedeutet, etwas bildlich gesprochen, daß es nicht darum geht, Rationalität aufzufinden oder nachzuweisen, sondern daß es darum geht, vorausgesetzte Rationalität zu verwenden, um sozialwissenschaftlich interessante Tatbestände theoretisch zu bewältigen. Nun ist vermutlich "Rationalität" in irgendeinem Sinne Bedingung der Möglichkeit sozialwissenschaftlicher Erkenntnis ganz generell. Historiker etwa machen sich ihren Vers auf Vorgänge grundsätzlich unter der Annahme zielorientierten und nur deshalb überhaupt verstehbaren Handelns etc. Man kann natürlich jede Theorie, in der Rationalität eine Rolle spielt, als Rational Choice ansehen oder auch vereinnahmen. Besser erscheint es mir, eine weitere Einschränkung einzuführen: Nicht nur Rationalität, sondern die Individuen selbst sind im Rahmen des Ansatzes Instrument und nicht Gegenstand - der Ansatz ist nicht individuenorientiert, sondern situationenorientiert: Prozeßabläufe oder die behaupteten Eigenschaften eines Aggregats individueller Verhaltensweisen werden konstruiert als Resultate der Anpassung zielorientierter Akteure an äußere Restriktionen; Veränderungen von Prozeßabläufen oder von Aggregateigenschaften werden zunächst auf Veränderungen von Restriktionen zurückgeführt.¹

¹ Der Rational-Choice-Ansatz, so verstanden, ist also "Ökonomik", von der die "Ökonomie" nur eine Teilmenge ist. Vgl. KIRCHGÄSSNER (1988 und - ausführlicher - 1991).

Individuen und ihre Rationalität bilden also die Geschäftsgrundlage aller Überlegungen, aber "Individualität" spielt keine Rolle; vorausgesetzte Rationalität ist theoretisch unentbehrlich, um die Modelle überhaupt formulieren und in Gang halten zu können, aber für die besonderen - also auch beliebig idiosynkratischen - Ziele, die Menschen in bestimmten Situationen verfolgen mögen, interessiert man sich im Rahmen des Rational-Choice-Ansatzes nicht. Nicht, *welche* Ziele die Menschen verfolgen, soll die Aussagen tragen, sondern es soll genügen, daß sie Ziele verfolgen. Empirisch gehaltvolle Aussagen sollen aus der Kombination einer möglichst nur formalen Kennzeichnung der Akteure - eben als "rational" - mit der Beschreibung möglichst weniger und möglichst gut zugänglicher Situationseigenschaften gewonnen werden. In seiner üblichen Verwendung zielt der Ansatz denn auch nicht auf Mikrotheorie, sondern auf die Mikrofundierung² von Makrotheorien.

Die folgenden Überlegungen gelten der Frage, was man dem Rational-Choice-Ansatz hinsichtlich des Wählerverhaltens zutrauen kann. In erster Linie geht es um die instrumentelle Leistungsfähigkeit des Ansatzes für die Wahlforschung; die Resultate der Überlegungen haben aber auch Konsequenzen für diejenigen demokratietheoretischen Modelle, die sich ausdrücklich auf angenommenes Rationalverhalten der Wähler stützen, insbesondere also die sogenannte "ökonomische Theorie der Demokratie".

Zwei große Themenkomplexe lassen sich innerhalb des Forschungsgebiets "Wählerverhalten" unterscheiden: Einerseits geht es um die Frage danach, was die Verteilung des Elektorats, das Wählerpotential der Parteien und gegebenenfalls seine (langfristige) Veränderung bestimmt, also um Stabilität und Wandel. Andererseits geht es um die Frage danach, wovon (kurzfristige) Bewegungen, die Schwankungen um das Potential, abhängen, also um Fluktuation und Oszillation. Rein begrifflich spricht nichts dagegen, Wählerverhalten rationalistisch zu rekonstruieren. Dies gilt für beide Teilthemen: Das Stimmenpotential von Parteien, ein Aggregat von individuellen Parteineigungen, Parteiidentifikationen, Sympathien für Parteien, ist als Resultat von zielorientierten individuellen Entscheidungen rekonstruierbar, wobei es vollkommen zulässig ist, daß die tatsächliche psychische Grundlage eine bestimmte Art von Ge-

2 Das beste Unterscheidungskriterium zwischen Mikrotheorie und Mikrofundierung resultiert aus der jeweiligen Art der empirischen Überprüfung: Im zweiten Fall findet der Test der interessierenden Aussagen nicht auf der Mikroebene statt. Nicht nur sparsame Beschreibungen, sondern auch radikale Stilisierungen, ja selbst reine Fiktionen sind daher erlaubt. Für Einzelheiten vgl. ZINTL (1989).

wohnheitshandeln ist: Entscheidend ist, daß die jeweiligen Traditionen und Selbstverständlichkeiten nicht komplett erfahrungsresistent sind, sondern daß sie nur so lange als "selbstverständlich" gelten, wie bestimmte Kriterien, Schmerzschwellen, nicht verletzt werden. Für die Wählerbewegungen andererseits, also Aggregate der konkreten Akte des Wählens bzw. Nichtwählens, ist die Lage ersichtlich noch einfacher - sie sind immer trivialerweise Resultate von Entscheidungen insofern als man sein Kreuz hier oder dort oder gar nicht macht. Da es begriffliche Gründe nicht gibt, die Wahlentscheidung als schon durch die Neigungen fixiert anzusehen, sind die beiden Fragestellungen auch in der Zurichtung auf den Rational-Choice-Ansatz noch gut unterscheidbar.

Die Frage nach der Leistungsfähigkeit des Rational-Choice-Ansatzes im Bereich der Wahlforschung kann dann so konkretisiert werden: Welche Bestandteile der externen Situation können mit guten theoretischen Gründen verwendet werden, um Verteilung und Bewegung zu erklären; wie sparsam kann die externe Situation beschrieben werden, also - wie sichtbar, verfügbar, leicht erhebbar sind die benötigten Indikatoren? Wie weit kommt man mit wieviel Aufwand?

Das Resultat wird sein, daß es erstens keine einfachen oder naheliegenden Kataloge von situativen Bestimmungsgründen für die Wählerpotentiale von Parteien und für Fluktuationen des Wählerverhaltens gibt, so daß die für Rational-Choice-Rekonstruktionen des Wählerverhaltens verwendbaren Situationsbeschreibungen keineswegs so sparsam sein können, wie es bisweilen suggeriert wird, daß es aber zweitens gute Rational-Choice-Argumente dafür gibt, daß dennoch der situationsdeterministische Ansatz auch hier mit Gewinn verwendet werden kann.

2. "Rational Choice": Konsistenz plus Situationslogik

Beginnen wir mit der genaueren Charakterisierung des Ansatzes: Die Kennzeichnung der Akteure als rational ist durchwegs eine Kennzeichnung nicht der Zielsetzungen, sondern bezieht sich auf formale Eigenschaften der Ziele und vor allem auf den Umgang mit ihnen im Handeln. Die formalen Eigenschaften der Präferenzen sind die bekannten Konsistenzeigenschaften, vor allem Transitivität und Vollständigkeit. Diese Eigenschaften legen fest, daß der Akteur in einem nachvollziehbaren Sinne "weiß,

was er will". Unter "Individualität" einzuordnen (und daher nicht unter Rationalitätsgesichtspunkten beurteilbar) sind nicht nur die Inhalte der Präferenzen, sondern auch der jeweilige Umgang mit Unsicherheit: Risikoneigungen sind sozusagen Geschmackssache; unter Rationalitätsgesichtspunkten ist lediglich beurteilbar, ob jemand seinen Geschmack konsistent handhabt oder nicht.³ Auf der obersten Abstraktionsebene muß mehr nicht gesagt werden. Nähert man sich der Realität, so bemerkt man, daß Konsistenz ein unter Umständen sehr hohes Maß an Kalkulationsfähigkeit verlangt: Wenn ein Akteur mehr als eine Beurteilungsdimension zugrundelegt und wenn die Zahl der zu vergleichenden Alternativen nicht unreal klein ist, muß er Kommensurabilitätsprobleme lösen, die keineswegs trivial sind.⁴

Der zweite Teil des Rationalitätskonzepts bezieht sich auf den Umgang mit derart wohlgestalteten Präferenzordnungen im Handeln. In der Handlungsentscheidung konfrontiert der Akteur seine Präferenzen mit situativen Restriktionen; er identifiziert die beste realisierbare Alternative und handelt entsprechend. Der letzte Punkt klingt tautologisch, daher soll schon jetzt darauf hingewiesen werden, was er impliziert: Alle Bewertungsprobleme - auch ethischer Art - gelten in dieser Konzeptualisierung als ein Thema der Präferenzordnungen. Aus diesem Grunde müssen sie als bereits bewältigt gelten, wenn es ans Handeln geht; aus diesem und nur aus diesem Grunde kann das Handeln als vollständig instrumentell betrachtet werden. Die Identifikation der besten erreichbaren Alternative wird im allgemeinen als die Lösung einer gut formulierbaren Optimierungsaufgabe beschrieben, nämlich als die Angleichung von Grenzzraten der Substitution ("Nutzenseite") an gegebene Grenzzraten der Transformation ("Kosten-seite"). Da dies auch für die Optimierung des Informationsniveaus gilt, ist der - bei gegebenen Zielen - von außen beschreibbare optimale Handlungskurs nicht notwendig identisch mit dem subjektiv rationalen Handeln der betrachteten Akteure.⁵

Soviel zum Konzept rationalen Handelns. Nun zu seiner sozialwissenschaftlichen Verwendung im Rational-Choice-Ansatz: Ohne die konkrete Ermittlung individueller Ziele im einzelnen sollen Handlungen prognostiziert werden, als Anpassungen an situative Bedingungen. Daß Motive nicht konkret ermittelt werden, bedeutet aber nicht, daß sie ganz und gar offengelassen werden können: Völlige Offenheit auf der Präfe-

3 Für die klassischen Anomalien vgl. KAHNEMAN/KNETSCH/THALER (1991).

4 Für eine Zusammenfassung vgl. etwa BAIGENT (1992).

5 Daher ist "Satisfizing" kein glatter Gegensatz zu Maximizing, sondern ein Spezialfall. Auch der "Satisfizer" wird sich nicht mit einer als zweitbest *erkannten* Option zufriedengeben.

renzenebene würde ja auch völlig offen lassen, welche Handlungsbestandteile als instrumentell anzusehen und überhaupt erst deshalb unter Rationalitätsgesichtspunkten beurteilbar sind.⁶

Es gibt zwar, entgegen manchen Behauptungen, kein für den Rational-Choice-Ansatz spezifisches Menschenbild; was es aber gibt, ist ein allen Anwendungen zugrundeliegendes Vorverständnis der menschlichen Situation, nach dem etwa folgendes als plausiblerweise unstrittig gilt: Es existieren einige wenige Grundbedürfnisse, die als allen Menschen gemein gelten können und die die Ziele, Motive, Kriterien der Menschen zumindest teilweise prägen - Überleben, materielles Wohlergehen, Anerkennung. Ausnahmen müssen nicht geleugnet werden, aber sie sind wahrlich Ausnahmen - in der überwiegenden Zahl der Fälle werden die gerade genannten Bedürfnisse erhebliches Gewicht für die Formierung von Motiven haben. Da sie Gewicht haben, erzeugen sie eine theoretisch relevante Dimension der Beurteilung beliebiger Aktivitäten unter Rationalitätsgesichtspunkten: Jegliche Aktivität kann daraufhin untersucht werden, welchen instrumentellen Ertrag sie hinsichtlich der genannten Kriterien liefert, welche alternativen Aktivitäten hier wie gut abschneiden etc. Ob diese Hinsicht die wichtigste oder gar dominierende ist, ist damit noch nicht gesagt - immerhin aber verfügen wir über einen plausiblen Ansatzpunkt für rationalistische Modellierungsversuche.

Weitere Festlegungen substantieller Art enthält das Vorverständnis nicht; sie wären auch nicht vereinbar mit dem Anspruch des Ansatzes, universell verwendbar und sparsam zugleich zu sein. Jenseits der genannten Uniformität bleibt es also bei ausdrücklich hingegnommener Vielfalt - die genannten Kriterien sind nur eine Teilmenge möglicher Kriterien. Für die Leistungsmöglichkeiten des Rational-Choice-Ansatzes folgenreich sind nun vor allem diejenigen denkbaren Motive, die nicht einfach mit den genannten koexistieren oder vielleicht sogar konkurrieren, sondern die sie in schwer entschlüsselbarer Weise überformen können - also alles, was mit Moral und Ethik zu tun hat. Moralische Urteile schaffen ja nicht einfach eine weitere Sorte individueller Interessen, sondern sie können beispielsweise die vorhandenen Interessen zensieren. Das aber bringt große Anwendungsprobleme für den Ansatz mit sich. Wenn man Präferenzen zuläßt, die moralischen Gehalt haben, dann kann man nicht ausschließen, daß sich darunter auch solche befinden, die Urteile über die erlaubten

6 Vgl. ausführlicher ZINTL (1989).

Mittel der Verfolgung der gerade genannten "plausiblen Interessen" enthalten. Zwar kann man, wie oben schon gesagt, die strenge Zweck-Mittel-Separation, die für das Rationalitätskonzept zentral ist, auch hier pro forma aufrechterhalten.⁷ Aber das ist nicht entscheidend: Unter den Anwendungsgesichtspunkten, die im Rahmen des Rational-Choice-Ansatzes ausschlaggebend sind, kommt es ja darauf an, was wir aus der Beschreibung der "objektiven", der äußeren Situation destillieren können. Nun aber müssen wir damit rechnen, daß unsere Situationsbeschreibungen in den Begriffen der "Interessen" unvollständige Abbilder der jeweiligen subjektiven Handlungssituationen sind; je größer das Gewicht der weniger direkt sichtbaren Situationsbestandteile ist, um so dürftiger sind die Resultate "sparsamer" Situationsbeschreibungen, die ja als die Stärke des Rational-Choice-Ansatzes gelten.⁸

In dieser Ausgangslage gibt es zunächst einmal zwei Möglichkeiten, Anwendungsprobleme auf sparsamste Weise zu lösen. Es handelt sich um die bekannten Maximal- und Minimalverwendungen des Rational-Choice-Instrumentariums: Maximalistisch ist die Radikalisierung der Uniformität in der Figur des homo oeconomicus, minimalistisch ist die Beschränkung auf reine Vorzeichenanalyse instrumenteller Aktivitäten im Aggregat.

Die Radikalisierung bzw. Absolutsetzung der Uniformität erfolgt durch die Ausblendung aller denkbaren Motive außer den genannten - der homo oeconomicus wird letztlich von seinen vegetativen Bedürfnissen beherrscht; sein Verstand dient ihnen, aber kommentiert sie nicht; er ist ein amoralischer und emotionsloser egoistischer Gelegenheitsausbeuter, der Regeln nur als ihm gegenüberstehende Bestandteile der Kostenstruktur seines Handlungsraumes erlebt; andere Menschen sind ihm Instrument oder auch Restriktion, aber sonst nichts. Dieser Typus (hier etwa: der Wähler, der Politik allein hinsichtlich ihrer Folgen für sein in Geldeinheiten gemessenes Einkommen beurteilt) ist theoretisch recht produktiv, er erzeugt jede Menge definitiver Aussagen auf der Basis einfachst zu ermittelnder Bestandteile der äußeren Situation. Diese Aussagen sind aber normalerweise falsch, sofern nicht der Handlungskontext

7 Allerdings nur mit Mühe. Ein begrifflich plausibles Modell rationalen und nicht grundsätzlich amoralischen Handelns ist eine komplexe Sache. Für die konzeptuellen Probleme vgl. die klassischen Formulierungen von ARROW (1967) und SEN (1977); zu den Anwendungsproblemen vgl. etwa HOLLIS (1992).

8 Für die resultierenden - echten und vermeintlichen - Anomalien vgl. etwa GÜTH/TIETZ (1990), THALER (1988), SELTEN (1991).

massiven Selektionsdruck auf die Akteure ausübt ("Hochkostensituationen"⁹). Und selbst hier sind sie durchaus problematisch.¹⁰ Im allgemeinen Fall ist der homo oeconomicus eher als heuristisches Instrument und als skeptische Fiktion¹¹ brauchbar.

Die Vorzeichenanalyse andererseits folgt fast ohne zusätzliche Vorkehrungen aus dem Begriffsapparat, in dem ja Optimierung als marginale Anpassung an Eigenschaften der äußeren Situation gefaßt wird: Es ist zwar nicht grundsätzlich möglich zu sagen, welches Verhalten in einer gegebenen Situation "rational" ist, aber es sollte mindestens möglich sein, marginale Verhaltensänderungen aus marginalen Situationsänderungen zu prognostizieren - bei unterstellten Basismotiven, aber dem Betrachter ganz unbekanntem konkreten Präferenzen (Stichwort: "fallende Nachfragekurve"). Da die Annahmen schwach sind, ist diese Sorte der rationalistischen Analyse immer möglich¹², aber sie führt nicht in jedem Zusammenhang gleichermaßen direkt zu operationalen Aussagen. Am günstigsten sind hier diejenigen Handlungskonstellationen, in denen man von separierbaren Entscheidungen sprechen kann, in denen also die Komponenten eines Aktivitätenbündels einzeln verändert werden können. Hier ist die Anwendung einfach und die Folgerungen sind klar, wie etwa die Analyse des Preismechanismus demonstriert. Wenn Entscheidungen dagegen nicht Komponenten separieren können, sondern komplette Bündel gegeneinander auszutauschen haben, müssen die Akteure einen mehr oder weniger großen Bilanzierungsaufwand treiben - und je größer der Aufwand für die Akteure selbst ist, umso weniger kann es für den Betrachter auf der Hand liegen, was sie rationalerweise tun werden.

Da die beiden Extreme überaus sparsam und daher leicht zu handhaben sind, werden sie oft verwendet und manchmal sogar mit dem Rational-Choice-Ansatz insgesamt gleichgesetzt. Ihre Grenzen - sie entfalten ja nicht in allen Kontexten die gleiche Leistung - erscheinen dann als die Grenzen des Ansatzes selbst. Wie schon die knappe Skizze zeigt, sind sie aber hochspezialisierte Formen des Rational-Choice-Ansatzes.

9 LATSIS (1987): "Single exit situations".

10 Die Bereitschaft zur Einhaltung von Spielregeln kann unter Berücksichtigung von Informationskosten niemals völlig endogenisiert werden, so daß moralische Dispositionen niemals ernsthaft als völlig irrelevant gedacht werden können. Vgl. KLIEMT (1987), WITT (1986).

11 BRENNAN/BUCHANAN (1985). Auch hier ist aber Vorsicht geboten: Vgl. SCHÜSSLER (1988), PIES (1993).

12 Das gilt auch für die Verfolgung anderer als materieller Ziele, soweit die jeweiligen Opportunitätskosten sich in materiellem Wohlergehen ausdrücken. Man kann zwar Moral nicht rationalistisch "erklären", aber man kann rationalistisch etwas darüber sagen, wann mehr oder weniger davon gezeigt wird.

Fruchtbarer erscheint die folgende Sichtweise: Es entspricht sicher der Logik des Ansatzes, gegebene Analysekontexte zunächst einmal daraufhin zu untersuchen, wie weit man mit den sparsamsten Anwendungsformen kommt. Wenn man nicht so weit kommt, wie man es sich erhofft hat, sollte man nicht gleich aufgeben, sondern untersuchen, ob es Möglichkeiten reicherer Situationsbeschreibungen gibt als nur in Begriffen von Basisbedürfnissen. Beispielsweise sind Beschreibungen, die geltende soziale Normen, kulturelle Traditionen usw. enthalten, sehr wohl als Rational-Choice-Beschreibungen zulässig - wenn die Normen als Bestandteile der Umwelt und nicht etwa als Bestandteile individueller Präferenzordnungen ermittelt werden.¹³ Die Entscheidung darüber, wieviel Aufwand hier getrieben werden sollte, kann ganz "rational" gefällt werden - wenigstens im Prinzip: Solange der (theoretische) Grenzertrag noch mindestens so hoch ist wie der (deskriptive) Grenzaufwand, lohnen sich Anreicherungen der Beschreibung.

3. Wählen als Entscheidung

Nun zur Anwendung des Ansatzes auf Wählerverhalten. Wir haben eingangs das Interesse an "Kriterien der Wahlentscheidung" in zwei unterscheidbare Fragestellungen aufgeschlüsselt, in einen Komplex "Wählerverteilung" und einen Komplex "Wählerverhalten". Der erste Komplex enthält die Fragen nach den Bestimmungsgründen von Stimmenpotentialen, ihrer Stabilität und ihres Wandels, der zweite Komplex enthält die Fragen nach den Bestimmungsgründen der konkreten Wahlentscheidung. Wir haben auch bereits die Vorkehrungen getroffen, beide Themen auf der Grundlage individueller Entscheidungen zu fassen. Was wir nun konstruieren müssen, ist der Rahmen für die Aggregation - also müssen den je individuellen Situationen irgendwelche nicht-individuellen oder wenigstens nicht-idiosynkratischen Eigenschaften eingezogen werden, die dann aggregiert, bilanziert werden können.

Wir ersparen uns hierbei viel unnötigen Aufwand, wenn wir von Anfang an nicht nur die Nachfrageseite, also eben die Wählerschaft, ins Bild bringen, sondern auch die Anbieterseite, eben die konkurrierenden Parteien. Da sie konkurrieren, werden sie

13 Solche Beschreibungen setzen ein Handlungsmodell voraus, das Norminternalisierung zuläßt - das widerspricht dem Ansatz nicht; sie setzen ferner voraus, daß es eine Verteilung von Akteurstypen gibt, in der Norminternalisierer tatsächlich vorkommen - auch das widerspricht dem Ansatz nicht. Vgl. im einzelnen ZINTL (1993).

rationalerweise ihr Angebot in erfolgsträchtiger Weise an der Nachfrage ausrichten. Mit diesem Teil des Schumpeter/Downs-Arguments befinden wir uns auf sicherem Grund, da die Anbietersituation eine Hochkostensituation ist und deshalb die strenge Instrumentalisierung des Verhaltens erwartet werden kann. Die uns unbekanntere Kriterien- und Präferenzenlandschaft, die das Elektorat den Parteien präsentiert, wird sich in deren Programmangebot folgendermaßen abbilden: Die Parteien werden dort, wo die Verteilung der Wählerwünsche einseitig ist, programmatisch konvergieren; sie können dort, wo das nicht der Fall ist, divergieren.¹⁴ Die Unterscheidung von Positions- und Valenzissues¹⁵, die zunächst nur eine Charakterisierung der Form der relevanten Meinungsverteilung enthält (einseitig oder polarisiert), wird unter dieser Annahme zu einer auch dem einzelnen Wähler unmittelbar sichtbaren Angelegenheit: Er sieht einige Issues, hinsichtlich derer alle Parteien einig sind, und er sieht einige Issues, über die sie streiten.

Eine einfache Darstellungsmöglichkeit dessen, was hieraus für die rationalistische Rekonstruktion der Potentiale der Parteien und der aktuellen Fluktuation folgt, bietet dann das räumliche Modell.¹⁶ Es ist theoretisch unerheblich, ob man diese Darstellungsform bevorzugt oder nicht; entscheidend ist allerdings, daß das Distanzenmodell in die Klasse der zulässigen Interpretationen fällt - die Eigenschaften der Elemente dieser Klasse liegen ziemlich fest.

Für das Potential der Parteien gilt: Die Individuen verteilen sich über einen Raum, dessen Koordinatensystem von stabilen, also dauerhaft relevanten Positionsissues gebildet wird. Jedes Individuum ordnet den zur Wahl stehenden Parteien Positionen in diesem Raum zu. Am liebsten ist ihm im Prinzip die nächstliegende Partei, die es, falls nichts dazwischenkommt, auch wählen wird (falls es nicht eine subjektive Schwellenentfernung gibt und selbst die nächstgelegene Parteiposition noch jenseits der Schwelle liegt - in diesem Falle ist das Individuum zum Nichtwählen disponiert). Aufsummiert über das Elektorat ergeben sich hieraus die Stimmenpotentiale der Parteien.

14 Nur unter sehr starken Annahmen kann erwartet werden, daß diese Anpassung zugleich eine Konvergenz der Parteiprogramme bedeutet; selbst dann, wenn es so etwas wie einen Median der mehrdimensionalen Wählerverteilung geben sollte, was im allgemeinen nicht unterstellt werden kann, sind programmatische Unterschiede zwischen den Parteien plausibel. Für diese Konsequenz aus dem Unmöglichkeitstheorem von Arrow vgl. ORDESHOOK (1986: 71ff.); SCHWARTZ (1986: 68ff.); auch RIKER (1982).

15 Die Unterscheidung von Positions- und Valenzissues wurde zuerst von STOKES (1963) eingeführt; vgl. auch CONVERSE (1966).

16 Vgl. DAVIS/HINICH/ORDESHOOK (1970).

Valenzissues (und diesbezügliche Kompetenzurteile¹⁷) sollten demgegenüber keine Rolle für langfristige Stimmenpotentiale spielen.

Für die aktuelle Wahlentscheidung eines Individuums andererseits gilt: Die momentane Nähe oder Ferne zu einer Partei entscheidet sich zusätzlich nach einer Reihe von kurzfristig veränderlichen Situationsbestandteilen. Einige von diesen werden ganz persönlicher Natur sein und sind daher für den Rational-Choice-Ansatz grundsätzlich unzugänglich. Anders verhält es sich für diejenigen Situationsbestandteile, denen alle Wähler ausgesetzt sind. Hier können drei Gruppen unterschieden werden¹⁸:

- (1) Eigenschaften und Verhaltensweisen von Kandidaten, die im Elektorat mehr oder weniger Vertrauen/Mißtrauen oder Sympathie/Antipathie erzeugen,
- (2) neu aufkommende Positionsissues, die mit den schon vorhandenen Konfliktlinien nicht kongruente Konfliktlinien erzeugen, so daß die Stellungnahmen der Parteien notwendigerweise nicht für alle ihre Sympathisanten gleich annehmbar sind,
- (3) Lageänderungen hinsichtlich Valenzissues.

Hierzu ist eine kurze Erläuterung angebracht, da angesichts programmatischer Konvergenz der Parteien ja nicht unmittelbar ersichtlich ist, woher Schwankungen in der Nähe oder Distanz hier überhaupt rühren sollten. Die Antwort lautet: Zwar gibt es keinen Dissens zwischen den Parteien, jedoch unterscheidet sich ihre Rolle - die regierende Partei wird vor allem nach der bestehenden Lage beurteilt, die Opposition vor allem nach ihrem Programm oder allenfalls danach, welche Erfahrungen man mit ihr gemacht hat. Die issue-spezifische Popularität der Regierung wird also bei (nahezu) allen Wählern mit dem gleichen Vorzeichen auf Zustandsveränderungen von Valenzissues reagieren; für alle Wähler wächst bei Lageverschlechterungen die Distanz zur Regierung, während die Distanz zur Opposition unberührt bleibt.¹⁹ Diejenigen Wähler, für die diese Abstandsveränderungen zugleich einen Wechsel auf der nächstgelegenen Parteiposition bedeuten, ändern ihr Wahlverhalten. Die entsprechende Bewegungshypothese ist unter den Bezeichnungen "Belohnungs-/Bestrafungshypothese" bzw. "Antiregierungs-Hypothese" geläufig.²⁰

17 Unter rationalen politischen Wettbewerbern kann es stabile Kompetenzunterschiede dort nicht geben, wo es für Stimmenpotentiale folgenreich ist; unter rationalen Wählern gibt es keinen Grund für stabile Fehlperzeptionen.

18 Vgl. etwa FALTER/RATTINGER (1983).

19 Vgl. vor allem KIRCHGÄSSNER (1974). Für eine Diskussion und Kritik der speziellen von Kirchgässner gewählten Fassung (in der die Unterscheidung von Stamm- und Wechselwählern eine zentrale Rolle spielt) vgl. etwa RATTINGER (1980: 22ff.).

20 Die klassische empirische Untersuchung stammt von KRAMER (1971); für die theoretischen Grundlagen vgl. KRAMER (1983).

Die individuelle Wahlentscheidung ist das Resultat einer Bilanz über Kandidateneigenschaften, aktuelle Positionsissues, als dringlich erachtete Valenzissues. Es ist nun gut erkennbar, warum wir den Rational-Choice-Ansatz jedenfalls hier kaum zur theoretischen Bewältigung individuellen Verhaltens brauchen können - ex ante läßt sich über die Bilanz nicht viel sagen, ex post können wir sie zwar rationalistisch rekonstruieren, aber warum sollten wir? Auf der anderen Seite ist aber ebenso gut erkennbar, daß rationalistisch mikrofundierte Aggregataussagen sehr gut möglich sind: Fluktuationen des Wählerverhaltens sind Bilanzen solcher Bilanzen, deren Partialbeiträge wir bestens vorzeichenmäßig ermitteln können. Wir müssen nicht eruiere, was den einzelnen Wähler wann über welche Schwelle treibt. Wenn es eine Verteilung gibt, gibt es ex ante beschreibbare Reaktionen im Aggregat.

Vorsorglich müssen wir an dieser Stelle aber folgendes festhalten: Es ist klar (und zunächst nicht weiter aufregend), daß Bilanzpositionen, die miteinander begrifflich oder kausal strikt verknüpft sind, nicht als separate Positionen modelliert werden können. In einer bestimmten Konstellation hat das aber spezifische Folgen, die kurz erläutert werden sollen, da sie uns weiter unten noch beschäftigen werden: Wenn Valenzissues in Konkurrenz zueinander stehen, entsteht nicht etwa ein gemeinsames neues Valenzthema, sie neutralisieren einander auch nicht, sondern es entsteht ein Positionsissue mit speziellen Eigenschaften²¹: Angenommen, es bestehe ein trade-off zwischen zwei Issues, die je für sich unstrittig Valenzissues sind. Jeder Wähler zieht selbstverständlich mehr von beidem weniger von beidem vor, seine Auswahl muß er aber als Abwägung zwischen beiden Zielen treffen. Es hängt von der individuellen Prioritätensetzung (der impliziten "Position") des Wählers und von den Positionen der Parteien ab, ob ein Wähler angesichts ein und derselben wahrgenommenen Situationsveränderung mit Belohnung (für den besser gewordenen Teil) oder mit Bestrafung (für den schlechter gewordenen Teil) reagiert. In solchen Konstellationen wird die Belohnungs-/Bestrafungs-Hypothese nicht etwa widerlegt, sondern ihre Anwendungsbedingungen sind einfach nicht erfüllt; die in Frage kommende Hypothese ist vielmehr eine "Klientelen-Hypothese"²² (die also mit der Belohnungs-Bestrafungs-Hypothese nicht etwa konkurriert). Als typisch positionenorientierte Hypothesen sind Klientelenhypothesen aber in ihrer konkreten Anwendung auf mehr als nur die sparsamste Situationsbeschreibung angewiesen: Mindestens die Positionen der Parteien müssen be-

21 Für eine detailliertere Darstellung auch der Konsequenzen vgl. ZINTL (1991: 220-225).

22 Z.B. RATTINGER (1985).

kannt sein, am besten auch die Verteilung des Elektorats. In der empirischen Anwendung ist es daher angezeigt, sich sorgfältig zu vergewissern, inwieweit die Anwendungsbedingungen der Partialbetrachtung erfüllt sind.

4. Situationsmerkmale und die Verteilung von Parteineigungen

Soweit die formale Seite. Nun zum Brückenbau, dem eigentlichen Thema von Rational Choice. Wir wollen es in zwei Schritten untersuchen - erst Wählerverteilung, dann -bewegung. Im ersten Schritt geht es darum, wie der Raum, über den die Wähler und die Parteien verteilt sind, zu dimensionieren ist. Gesucht sind also die wirksamen Positionsisues, und zwar diejenigen, die sich ex ante, von außen, ohne Ermittlung individueller Perzeptionen und Bewertungen benennen lassen.

Es ist leicht zu erkennen, daß wir nur einen ganz bestimmten Typus von Positionsisues in dieser Weise identifizieren können: Nur diejenigen nämlich, die sich auf möglichst reine Instrumentalgrößen und deren Verteilung beziehen - kurz: "ökonomische Interessen". Zu nennen sind insbesondere die Themenbereiche Ordnungspolitik, sektorale und regionale Wirtschaftspolitik, schließlich Sozialpolitik. Das sind die Kriterien der individuellen Parteineigungen, die wir - der Logik des Ansatzes entsprechend - ex ante spezifizieren können. Der Katalog bedeutet nicht, daß aus dem Rational-Choice-Blickwinkel nur ökonomische Interessen als verhaltensrelevant erscheinen; die Behauptung ist lediglich, daß nur diese ohne jede zusätzliche Information über die Konstellation ins Bild gebracht werden können.

Nun war ja - aus begrifflichen Gründen - ohnehin nicht strittig, daß ökonomische Kriterien nur einen Teil der Geschichte erzählen. Dies hier nochmals zu zeigen, wäre überflüssig. Nicht überflüssig ist es dagegen, theoretisch zu klären, ob dieser Teil der Geschichte vielleicht der wesentliche Teil ist, und wenn nicht, warum nicht. Um das abschätzen zu können, wollen wir zunächst vom Grenzfall ausgehen, in dem die Beschreibung der Wählerschaft in Begriffen ihrer ökonomischen Interessen zugleich eine hinreichende Beschreibung der Parteienlandschaft verspricht. Zwei Bedingungen müssen hierzu erfüllt sein: Erstens müssen die ökonomischen Interessen eindeutige Lager definieren und dürfen nicht etwa selbst schon zu sich überschneidenden Konfliktlinien führen. Zweitens dürfen andere gesellschaftliche Konfliktstoffe kein ver-

gleichbares Gewicht haben bzw. sie müssen, wenn sie Gewicht haben, selbst ökonomisch determiniert sein, also zu den gleichen Konfliktlinien führen wie der Verteilungskonflikt. In dem Maße, in dem diese Bedingungen erfüllt sind, gibt es definite gesellschaftliche Lager und eine dazu passende Landschaft von Klassenparteien.

Betrachten wir zunächst die erste Bedingung genauer. Man kann hier ohne Umschweife feststellen, daß die Bedingung in der oben eingeführten Form nirgendwo erfüllt sein wird: Niemals sind es die von außen dingfest zu machenden Interessen allein, die Konfliktlinien festlegen, immer müssen Wahrnehmungen hinzutreten. Wenn aber Wahrnehmungen eine Rolle spielen, liegt nichts mehr einfach fest, sondern Konfliktlinien können nur als Ergebnisse des Zusammentreffens von "objektiven" Gegebenheiten einerseits und aktiven Umgangs mit ihnen andererseits angesehen werden - von Prozessen der Diskussion, der Manipulation, der Koalitionsbildung. Was wir vorfinden, ist pfadabhängig und instabil²³: Die Konkurrenz der Parteien besteht nicht eigentlich darin, sich in ihrem Ideologieangebot möglichst stimmträchtig an eine vorhandene Interessenlandschaft anzuschmiegen, sondern vielmehr darin, bestehende Koalitionen aufzubrechen und aus den Bruchstücken neue Koalitionen zu bilden. Auch "objektiv" naheliegende Koalitionen müssen nicht im Angebot auftauchen, und wenn sie im Angebot sind, müssen sie nicht überzeugen - die Theorien, die die Wähler verwenden, um ihre Interessen zu definieren, werden kaum jemals unmittelbar überprüft und können ziemlich idiosynkratisch ausfallen.²⁴ Selbst dann also, wenn ökonomische Interessen die dominanten Bestimmungsgründe politischer Sympathien und Antipathien sind, können wir aus Rational-Choice-Argumenten weder die dazu passende Parteienlandschaft ableiten, noch können wir, bei gegebener Parteienlandschaft, unmittelbar von Merkmalen der objektiven ökonomischen Konstellation auf Parteieigungen und ihre Verteilung schließen.

Nun zur zweiten Bedingung. Die entscheidende Frage ist hier, ob es einen situativen Druck gibt, der zur Ausfilterung anderer als ökonomischer Gesichtspunkte führt. Das ist nicht der Fall. Es gibt zwar keinen Grund, daran zu zweifeln, daß alles, was das Einkommen nachhaltig berührt, als ernste Sache gilt. Es ist also auch plausibel, daß Individuen dort, wo politische Entscheidungen unmittelbare und spürbare Ein-

23 Diese Instabilität gehört in den Umkreis des Arrowschen Unmöglichkeitstheorems. Insbesondere Riker hat sich bemüht, die Relevanz des Theorems historisch zu demonstrieren; vgl. RIKER (1982).

24 Vgl. hier vor allem SCHENK (1987).

kommensfolgen haben, entsprechende politische Präferenzen entwickeln. Es wäre aber unangebracht, deshalb den politischen Kontext als Hochkostenkontext anzusehen; eher ist das Gegenteil der Fall - was man tut und wen man wählt, hat eben keine unmittelbaren Einkommensfolgen und wird auch nicht so erlebt. Es gibt weder einen eindeutigen situativen Druck, bestimmte Interessen zum Entscheidungskriterium zu machen, noch einen Druck, Interessen vor ethisch begründete Urteile zu setzen. Die politische Arena ist viel eher ein Kontext, in dem man seinen nicht-egoistischen Präferenzen noch vergleichsweise preisgünstig Ausdruck verleihen kann. Im Grenzfall - wenn hinsichtlich der ökonomischen Interessen überhaupt nichts auf dem Spiel steht oder zu stehen scheint - stehen nur noch die allgemeineren "Meinungen" als Entscheidungskriterien zur Verfügung.²⁵ Es ist durchaus plausibel, daß es angesichts der Informationsprobleme eher Verzerrungen zugunsten der "Meinungen" als zugunsten der "Interessen" gibt, gewissermaßen die Flucht ins Prinzipielle.

Soweit es um die Verwendung des Rational-Choice-Ansatzes zum Zwecke der Identifikation dessen geht, was die Wähler- und Parteienlandschaft determiniert, ist also eher Zurückhaltung angezeigt: Insgesamt gilt, daß zwischen die objektiven Lageindikatoren und die individuellen Urteile ein unangenehm großes Maß an "Theorie" und "Moral" tritt. Die "objektiv" gegebenen Bestimmungsgründe sind nicht nur lediglich ein Ausschnitt, sondern sie sind in sich viel "weicher" als zunächst scheinen mochte. Das aber bedeutet: Wenn wir hier nicht auf die Verwendung des Rational-Choice-Ansatzes insgesamt verzichten wollen, müssen wir uns darauf einlassen, weniger sparsame Situationsbeschreibungen zu verwenden. Bevor wir die hier bestehenden Möglichkeiten näher betrachten, müssen wir erst noch das zweite Teilthema, Wählerbewegungen, ebenfalls daraufhin untersuchen, was sparsamste Situationsbeschreibungen leisten können.

5. Situationsmerkmale und Wählerbewegungen

Es ist zu erwarten, daß wir es hier leichter haben, da Bewegung genau das ist, was die Marginalanalyse anvisiert - und dort haben wir ja festgestellt, daß die Voraussetzungen schwächer sind. Was wir brauchen, ist ex ante und ohne Ermittlung der individuellen Präferenzen erhältliche Information darüber, wie sich die "Qualität" oder

25 Vgl. für Untersuchungen zur "soziotropischen" Komponente des Wahlverhaltens etwa FELDMAN (1985) und allgemeiner VAUGHN (1988).

die relativen "Kosten" eines bewerteten Gegenstandes verändert haben. Für die drei oben eingeführten Sorten von Bestimmungsgründen kurzfristiger Bewegungen - neue Positionsissues, Kandidateneffekte, Veränderungen des Zustandes hinsichtlich wichtiger Valenzissues - gilt folgendes:

Positionsissues: Wenn neue Streitfragen sich nahtlos in das bereits existierende Raster von Streitfragen einfügen, erwarten wir keine Effekte (unterstellt, daß die Parteien rational genug sind, nicht mutwillig inkonsistente Positionen zu beziehen). Wenn aber, so der Umkehrschluß, nur diejenigen neuen Streitfragen Effekte haben, die quer zum etablierten Raster der Parteipositionen und der hieran orientierten Wählerverteilung liegen, dann können wir ohne jede Information über die (neuen) Parteipositionen und die entsprechende Wählerverteilung nichts über Bewegungsrichtungen sagen; wir können nur die Art ihrer Wirkungen innerhalb des Begriffsrahmens charakterisieren: Neue und zugleich kurzlebige Streitfragen führen zu Turbulenzen ohne programmatische Folgen (der permanente Zustrom solcher Streitfragen führt zu permanenter, aber nicht weiter analysierbarer Instabilität des Wählerverhaltens); neue und zugleich langlebige Streitfragen induzieren Programmanpassungen und gegebenenfalls Realignment.

Kandidateneffekte: Ein Teil dieser Effekte wird positionaler Natur sein; hier gilt in entsprechender Anpassung das gerade Gesagte. Wenn ein Kandidat Eigenschaften hat, an denen sich die Geister scheiden, die aber mit dem sonstigen Profil der Partei kompatibel sind, erwarten wir wiederum keine (oder allenfalls mobilisierende) Effekte; wenn solche Bezüge nicht bestehen, sind wir auf spezifische Information über Wählerreaktionen angewiesen.²⁶ Ein anderer Teil dieser Effekte hingegen berührt Valenzfragen, und hinsichtlich der hier zuzuordnenden Kandidateneigenschaften ist es durchaus möglich, ex ante über Bewegungsrichtungen zu sprechen. Solche Eigenschaften sind alle diejenigen Eigenschaften, von denen abhängt, ob ein Kandidat auch tatsächlich das bringen wird, was man von ihm erwartet - etwa Glaubwürdigkeit, Zuverlässigkeit, Kompetenz, auch Gesundheit. Stellt sich ein Kandidat im Wahlkampf als korrupt heraus, so schadet das unter rationalen Wählern unbedingt aus instrumentellen Gründen (für einige sicher auch aus ethischen Gründen - aber das dürfen wir nicht

26 Im Unterschied zu inhaltlichen Streitfragen, zu denen die Parteien ja explizit Stellung nehmen, sind hier aber Inkonsistenzen - "Pannen" - nicht auszuschließen, bei deren Auftreten wir negative Effekte erwarten - etwa der homosexuelle Kandidat einer konservativen Partei.

einfach unterstellen). Damit sind wir bereits beim dritten und theoretisch gewichtigsten Teil:

Valenzissues: Auch hier gibt es einen kontingenten Anteil, über den man ohne empirische Information nichts sagen kann (islamischer Fundamentalismus ist in Westeuropa ein Valenzissue, in Algerien oder der Türkei aber eine Streitfrage). Ein erheblicher und theoretisch bedeutsamer Teil aber läßt sich gut ex ante und mit Allgemeinheitsanspruch identifizieren. Das gilt vor allem für ökonomische Variablen (Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsniveau, Preisstabilität), aber beispielsweise auch für die öffentliche Ordnung oder die Zuverlässigkeit der Verwaltung. In all diesen Fällen ist es nicht eine kontingente Einseitigkeit der Präferenzen, die man zugrundelegt (etwa daß in einem bestimmten Land zu einem bestimmten Zeitpunkt mehr Leute Lust auf Ordnung als auf Unordnung haben), sondern der instrumentelle Charakter der Themen: Was immer die konkreten Präferenzen der Individuen sein mögen - für die allermeisten Individuen wird gelten, daß sie ihre Ziele umso besser verfolgen können, je besser ihre wirtschaftliche Lage, je berechenbarer die Administration, je sicherer die Straßen sind usw.

Hier haben wir nun wirklich das Material in der Hand, das wir für die ideale Rational-Choice-Anwendung brauchen - die situationslogisch identifizierten Bestimmungsgründe für Wählerbewegungen, an denen keine an Machterhalt oder Machterwerb interessierte Partei vorbeigehen kann und die daher immer zu den Kriterien politischer Entscheidungen zählen werden, was auch immer ansonsten wichtig sein mag.

Zu klären ist noch das oben angesprochene Problem möglicher trade-offs. Unter den fiktiven Bedingungen vollkommener Information könnten wir dieses Problem sauber eingrenzen: Die Existenz von trade-offs wäre ein empirisch ermittelbarer und ermittelter Tatbestand, die Wähler und die Parteien hätten ihre Positionen; der Betrachter müßte die betroffenen Issues aus dem Katalog der Valenzissues herausnehmen und sie stattdessen unter die Positionsfragen einordnen, könnte aber für die verbleibenden Valenzfragen getrost verfahren wie gehabt. Unter realen Informationsbedingungen kommt man so nicht davon.

Zunächst einmal ist die Existenz eines trade-offs nicht einfach gegeben oder nicht, sondern immer eine fehlbare und daher bestreitbare Behauptung, also theorieabhän-

gig. Selbst so klassische trade-offs wie der zwischen den unbestrittenen Valenzissues Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität²⁷ oder der zwischen "Staatsverantwortung" und "individueller Initiative"²⁸ sind nicht unumstritten. Und auch dann, wenn ein trade-off im Prinzip unumstritten ist, liegt die konkrete Diagnose damit noch nicht fest. Man kann beispielsweise darüber streiten, ob man sich tatsächlich schon in einer Situation befindet, in der Gewinne hier mit Verlusten dort unweigerlich bezahlt werden müssen, oder ob nicht noch Ineffizienzen existieren, die "kostenlos" beseitigt werden können. Nun folgt hieraus aber nicht etwa als Problem, daß die Wähler sich ihre höchstpersönlichen trade-offs selbst zusammenreimen können - hier könnte man noch hoffen, daß unterschiedliche Idiosynkrasien sich gegenseitig herausmenden, so daß auf Aggregatebene immer noch Vorzeichenhypothesen möglich wären. Vielmehr gilt, daß die konkurrierenden Parteien Anreize haben, unterschiedliche Diagnosen zu präsentieren, die aus der Asymmetrie ihrer Positionen resultieren - die Regierungsmehrheit ist schon "belohnt" und muß nun vor allem "Strafe" vermeiden; die Opposition ist schon "bestraft" und muß sehen, wie sie an die "Belohnung" kommt. Eine Regierung wird daher dazu neigen, zahlreiche trade-offs zu identifizieren, und sie wird strikt auf der Diagnose beharren, daß man allerorten schon auf der Linie sei, wo nichts mehr ohne Opportunitätskosten verbessert werden kann. Sie wird, anders ausgedrückt, die Anzahl der Valenzissues, die sie ja vor allem als potentiell gefährlich wahrnimmt, so weit wie möglich reduzieren. Die Opposition wird sparsamer mit der Anerkennung von trade-offs umgehen, und sie wird dort, wo sie ihre Existenz grundsätzlich einräumt, strikt darauf beharren, daß man noch lange nicht auf der Linie sei, wo man schmerzhaft Prioritäten setzen muß. Sie wird, anders ausgedrückt, die Anzahl der Valenzissues, die sie ja vor allem als potentiell profitabel wahrnimmt, so weit wie möglich zu erhöhen versuchen. Was die Wähler glauben bzw. welche Wähler wem glauben, wird u. a. von ihren Parteineigungen abhängen.

Es wäre sicher überzogen, nun die Verwendung von Valenzissues in der Erklärung von Wählerbewegungen für unmöglich zu erklären. Wir sehen jedoch, daß selbst hier, in der besten denkbaren Anwendungskonstellation für die Rational-Choice-Modellierung des Wählerverhaltens, die Erwartung, aus Beschreibungen der äußeren Situation allein definitive Verhaltensprognosen destillieren zu können, zu optimistisch ist.

27 Explizit modelliert etwa bei KIEWIET (1983: 129ff.).

28 BUDGE/FAIRLIE (1983: 28ff.).

6. Notwendigkeit und Möglichkeit nichtminimaler Situationsbeschreibungen

Wenn die Überlegungen der letzten beiden Abschnitte zutreffen, dann sind Anwendungen des Rational Choice-Ansatzes, die objektive Indikatoren direkt mit Wahlverhalten verknüpfen, nur sehr eingeschränkt möglich und mit benennbaren Fehlerrisiken behaftet. Widerlegungen solcher Sätze sind von zweifelhafter Rückwirkung auf den Ansatz. Auch der Umkehrschluß ist eindeutig: Die Leistungsfähigkeit des Ansatzes für die theoretische Durchdringung des Wahlverhaltens ist nicht so offensichtlich wie für andere Anwendungsfelder, in denen ein deutlicherer Selektionsdruck auf den Akteuren lastet. Insoweit resultiert aus den bisherigen Überlegungen zunächst einmal Skepsis.

Andererseits enthalten diese Überlegungen aber auch den Hinweis darauf, wie der Rational-Choice-Ansatz auch hier mit Gewinn anwendbar gemacht werden kann: Es ist zwar ein Resultat der Betrachtung, daß es keine guten theoretischen Gründe dafür gibt, daß Eigenschaften der "objektiven" Situation unmittelbar auf das Wählerverhalten durchschlagen sollten; wir haben gesehen, daß sich "Theorien" und "Moral" kräftig dazwischendrängen. Zugleich aber haben wir auch gesehen, daß es gute theoretische Gründe dafür gibt, daß die individuellen Theorien und Bewertungen nicht monadenhaft, idiosynkratisch, inkommensurabel sind. Die gerade herausgestellten Spielräume der Deutung liegen ja nicht brach, sondern werden besetzt. Die Theorien, die die Wähler verwenden, um den Raum zu dimensionieren und um Valenzissues in Beziehung oder Nichtbeziehung zu setzen, brüten sie nicht im stillen Kämmerlein aus. Vielmehr werden die Theorien öffentlich angeboten, eben von den konkurrierenden Politikern.

Das aber ist es, was wiederum die Möglichkeit eröffnet, ansatzkonform (also situationsdeterministisch) zu verfahren. Zwar sind die wirklich minimalen Situationsbeschreibungen, wie sie etwa in der Ökonomie bisweilen verwendbar sind, hier zu schmal. Wir sind aber nicht gezwungen, an ihre Stelle gleich den sehr hohen Aufwand der Erforschung des Wähler-Innenlebens zu setzen. Vielmehr können wir auf zusätzliche situative Information zurückgreifen - im kurzfristigen Kontext etwa auf Parteiprogramme, Themen der öffentlichen Kommunikation, im langfristigen Kontext etwa Traditionen, Kultur, Cleavages. All das ist "externe Situation", nicht "Innenleben" der Akteure.

Sicher sind Situationsbeschreibungen, in denen Tatbestände wie die gerade genannten berücksichtigt werden, nicht mehr so sparsam und möglicherweise auch nicht so elegant wie die zunächst ins Auge gefaßten minimalen Beschreibungen. Aber das ist kein Argument in der Sache: Wenn man den Situationsdeterminismus des Rational-Choice-Ansatzes ernst nimmt, dann muß man auch in Kauf nehmen, daß es vom Situationstypus abhängt, ob es überhaupt Situationseigenschaften gibt, die eine eindeutige Handlungslogik produzieren, und, falls es sie gibt, welche Eigenschaften das sind. Es gibt keinen Grund, daß Wählerverhalten sich auf der Grundlage der gleichen Situationsbestandteile analysieren lassen sollte wie etwa Konsumentenverhalten auf Konsumgütermärkten oder gar wie Anbieterverhalten in Konkurrenzsituationen.

7. Ergebnis

Zwei Konsequenzen können aus den hier angestellten Überlegungen gezogen werden - eine, die ein Urteil über den Rational-Choice-Ansatz als Instrument der Theoriebildung darstellt, und eine, die die unmittelbaren Folgen für die Theoriebildung betrifft. Zum Instrument kann gesagt werden: Der Rational-Choice-Ansatz setzt zwar an raum-zeit-unabhängigen menschlichen Eigenschaften an, eben an inhaltlich unbestimmter Rationalität, aber er führt keineswegs unter allen Umständen zur Formulierung von raum- und zeit-invarianten Gesetzen menschlichen Verhaltens. Vielleicht ist die folgende Charakterisierung angemessen: Der Ansatz liefert zunächst einmal ein allgemeines und nicht raum-zeit-gebundenes Raster für die Theoriebildung, das aber nicht selbst als überprüfbare Theorie angesehen werden sollte. Dieses Raster erlaubt es, zu identifizieren, welche Determinanten von Prozessen als streng generell wirksam und welche Determinanten als pfadabhängig, kulturabhängig etc. anzusehen sind. Je nach der Verteilung der Gewichte zwischen den beiden Sorten von Determinanten in einer untersuchten Konstellation kann die auf dieser Basis gebildete jeweilige Theorie dann eher als strikt allgemeine Theorie oder als historisch etc. eingebundene Theorie formuliert werden. Nur im Extremfall kann der Rational-Choice-Ansatz in sparsamster Weise zur Theoriebildung verwendet werden.

Zur Theorie: Die hier angestellten Überlegungen, die eigentlich nur einige begriffliche Probleme klären, haben mittelbare theoretische Konsequenzen für die "ökonomische Theorie der Demokratie", die als eine klassische Anwendung des Ra-

tional-Choice-Ansatzes gelten kann. In dieser Theorie wird zu recht betont, daß auch im politischen Wettbewerb rationale Anbieter sich möglichst perfekt auf die Nachfrage einstellen. Allzu oft wird aber auch die Nachfrageseite so modelliert, als sei auch sie strikt determiniert, eben durch "Interessen". Auf diese Weise entsteht ein geschlossenes Bild, deterministisch und ziemlich düster.²⁹ Wie wir aber sahen, gibt es keinen guten theoretischen Grund, solche Geschlossenheit aus dem rationalistischen Entwurf zu folgern. Wenn die Nachfrage Freiheitsgrade hat, werden auch die Angebotsseigenschaften weniger definit. Die intensive Skepsis, die oft ein Erkennungszeichen von rationalistischen Politikrekonstruktionen ist, mag gute oder weniger gute Gründe haben - aus dem rationalistischen Ansatz selbst folgt sie nicht.

²⁹ Es genügt der Hinweis auf OLSON (1985) und die in seinem Gefolge florierende rent-seeking-Schule.

Literatur

- ARROW, Kenneth J. 1967: The Place of Moral Obligation in Preference Systems, in: HOOK, Sidney (Hrsg.): *Human Values and Economic Policy*. New York: New York University Press, S. 117-119.
- BAIGENT, Nick 1992: Deliberation and Rational Choice, in: HOLLIS, Martin/VOSSENKUHL, Wilhelm (Hrsg.): *Moralische Entscheidung und rationale Wahl*, München: Oldenbourg, S. 75-84.
- BRENNAN, Geoffrey/BUCHANAN, James M. 1985: *The Reason of Rules. Constitutional Political Economy*, Cambridge: Cambridge University Press.
- BUDGE, Ian/FAIRLIE, Dennis J. 1983: *Explaining and Predicting Elections*, London: Allen-Unwin.
- CONVERSE, Philip E. 1966: The Problem of Party Distances in Models of Voting Change, in: JENNINGS, M. Kent/ZEIGLER, Harmon, (Hrsg.): *The Electoral Process*, Englewood Cliffs: Prentice Hall, S. 175-207.
- DAVIS, Otto A./HINICH, Melvin J./ORDESHOOK, Peter C. 1970: An Expository Development of a Mathematical Model of the Electoral Process, in: *American Political Science Review* 64, S. 426-448.
- FALTER, Jürgen W./RATTINGER, Hans 1983: Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen bei der Bundestagswahl 1980: Möglichkeiten und Grenzen der Normal-Vote-Analyse, in: KAASE, Max/KLINGEMANN, Hans-Dieter (Hrsg.): *Wahlen und politisches System*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 320-421.
- FELDMAN, Stanley 1985: Economic Self-Interest and the Vote: Evidence and Meaning, in: EULAU, Heinz/LEWIS-BECK, Michael S. (Hrsg.): *Economic Conditions and Electoral Outcomes: The United States and Europe*, New York: Agathon Press, S. 144-166.
- GÜTH, Werner/TIETZ, Reinhard 1990: Ultimatum Bargaining Behavior. A Survey and Comparison of Experimental Results, in: *Journal of Economic Psychology*, 11, S. 417-449.
- HOLLIS, Martin 1992: Honour Among Thieves, in: HOLLIS, Martin/VOSSENKUHL, Wilhelm (Hrsg.): *Moralische Entscheidung und rationale Wahl*, München: Oldenbourg, S. 115-131.
- KAHNEMAN, Daniel/KNETSCH Jack L./THALER, Richard H. 1991: Anomalies. The Endowment Effect, Loss Aversion, and Status Quo Bias, in: *Journal of Economic Perspectives*, 5, S. 193-206.
- KIEWIET, D. Roderick 1983: *Macroeconomics and Micropolitics*, Chicago: University of Chicago Press.

- KIRCHGÄSSNER, Gebhard 1974: Ökonometrische Untersuchungen des Einflusses der Wirtschaftslage auf die Popularität der Parteien, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 110, S. 409-445.
- KIRCHGÄSSNER, Gebhard 1988: Die neue Welt der Ökonomie, in: Analyse & Kritik, 10, S. 107-137.
- KIRCHGÄSSNER, Gebhard 1991: Homo Oeconomicus, Tübingen: Mohr.
- KLIEMT, Hartmut 1987: The Reason of Rules and the Rule of Reason, in: Critica, 19, S. 43-86.
- KRAMER, Gerald H. 1971: Short-Term Fluctuations in U.S. Voting Behavior, 1896-1964, in: American Political Science Review, 65, S. 131-143.
- KRAMER, Gerald H. 1983: The Ecological Fallacy Revisited: Aggregate- versus Individual-Level Findings on Economics and Elections, and Sociotropic Voting, in: American Political Science Review, 77, S. 92-111.
- LATSIS, Spiro J. 1976: A Research Programme in Economics, in: ders. (Hrsg.): Method and Appraisal in Economics, Cambridge: Cambridge University Press, S. 1-41.
- OLSON, Mancur 1985: Aufstieg und Niedergang von Nationen, Tübingen: Mohr.
- ORDESHOOK, Peter C. 1986: Game Theory and Political Theory. An Introduction, Cambridge: Cambridge University Press.
- PIES, Ingo 1993: Normative Institutionenökonomik. Zur Rationalisierung des politischen Liberalismus, Tübingen: Mohr.
- RATTINGER, Hans 1980: Wirtschaftliche Konjunktur und politische Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin: Duncker & Humblot.
- RATTINGER, Hans 1985: Allgemeine und persönliche wirtschaftliche Lage als Bestimmungsfaktoren politischen Verhaltens bei der Bundestagswahl 1983, in: OBERNDÖRFER, Dieter/RATTINGER, Hans/SCHMITT, Karl (Hrsg.): Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel, Berlin: Duncker & Humblot, S. 183-218.
- RIKER, William H., 1982: Liberalism against Populism. A Confrontation between the Theory of Democracy and the Theory of Social Choice, San Francisco: Freeman.
- SCHENK, Robert E. 1987: Altruism as a Source of Self-Interested Behavior, in: Public Choice, 53, S. 187-192.
- SCHUESSLER, Rolf 1988: Der homo oeconomicus als skeptische Fiktion, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 40, S. 47-463.
- SCHWARTZ, Thomas 1986: The Logic of Collective Choice, New York: Columbia University Press.

- SELTEN, Reinhard 1991: Evolution, Learning, and Economic Behavior, in: *Games and Economic Behavior*, 3, S. 3-24.
- SEN, Amartya K. 1977: Rational Fools: A Critique of the Behavioural Foundations of Economic Theory, in: *Philosophy and Public Affairs*, 6, S. 317-344.
- STOKES, Donald E. 1963: Spatial Models of Party Competition, in: *American Political Science Review*, 57, S. 368-377.
- THALER, Richard H. 1988: Anomalies. The Ultimatum Game, in: *Journal of Economic Perspectives*, 2, S. 195-206.
- VAUGHN, Karen I. 1988: The Limits of Homo Economicus in Public Choice and in Political Philosophy, in: *Analyse & Kritik*, 10, S. 161-180.
- WITT, Ulrich 1986: Evolution and Stability of Cooperation without Enforceable Contracts, in: *Kyklos*, 39, S. 245-266.
- ZINTL, Reinhard 1989: Der homo oeconomicus: Ausnahmeerscheinung in jeder Situation oder Jedermann in Ausnahmesituationen? in: *Analyse & Kritik*, 11, S. 52-69.
- ZINTL, Reinhard 1991: Wahlsoziologie und individualistische Theorie - der ökonomische Ansatz als Instrument der Mikrofundierung von Aggregatanalysen, in: ESSER, Hartmut/TROITZSCH, Klaus G. (Hrsg.): *Modellierung sozialer Prozesse. Neuere Ansätze und Überlegungen zur soziologischen Theoriebildung*, Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften, S. 205-234.
- ZINTL, Reinhard 1993: Kooperation kollektiver Akteure - zum Informationsgehalt angewandter Spieltheorie, in: NIDA-RÜMELIN, Julian/WESSELS, Ursula (Hrsg.): *Praktische Rationalität*, München: De Gruyter. Im Erscheinen.